



Grußwort von Maria Springenberg-Eich, Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, anlässlich des Bundeskongresses Politische Bildung 2015 zum Thema „Ungleichheiten in der Demokratie“ in der Zeit vom 19.-21. März 2015 im Landschaftspark Duisburg-Nord

Gliederung:

- 1. Wachsende Ungleichheit ist Herausforderung für Demokratie**
- 2. Teilhabearmut – eine entscheidende Dimension sozialer Benachteiligung**
- 3. Armut – Nährböden für brisante Entwicklungen**
- 4. Präventiver Politikansatz: Komplexen Dimensionen von Armut begegnen**
- 5. Druck durch Digitalisierung**



Anrede

Sehr geehrter Herr Krüger,

Sehr geehrter Herr Dr. Bentmann,

Sehr geehrter Herr Professor Barber,

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen

Der 13. Bundeskongress stellt das Thema „Ungleichheit in der Demokratie“ in seinen Mittelpunkt.

Aktuelle Befunde über asymmetrische Entwicklungen in unserer Gesellschaft, wie soziale Ungleichheit, Diskriminierung und Big Data will er zur Diskussion stellen und gleichzeitig danach fragen, welche Auswirkungen dies auf die Demokratie haben könnte.

Durch Ungleichheiten entwickeln sich Herausforderungen, die in einem besonderen Maße, Familien, Kinder und Jugendliche betreffen. Die Politik und politische Bildung müssen sich diesen Herausforderungen stellen.

**Wachsende Ungleichheit ist Herausforderung für
Demokratie**



Weltweit wächst die soziale Ungleichheit, sie wächst auch in Deutschland.

Schon zwei Zahlen machen dies deutlich: Gerade 10 Prozent der Deutschen verfügen über fast 60 Prozent des gesamten Nettovermögens.

Bei der Frage nach wachsender sozialer Ungleichheit geht es um die soziale und ökonomische Gerechtigkeit.

Es war der SPD-Parlamentarier Carlo Schmid, der in der Debatte über die Verfassung der Bundesrepublik für die Formulierung „sozialer Bundesstaat“ stritt. Daraus wurde später der Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes:

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Und der Sozialstaat in Deutschland wurde zur Erfolgsgeschichte. Er hat es jahrzehntelang geschafft, dass die Menschen trotz Unterschiede in Rang, Talenten und Einkommen sich auf gleicher Augenhöhe begegnen konnten.

Unsere demokratische Gesellschaft ruht also auf dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. Und deshalb geht es bei der Frage der Ungleichheit immer um soziale Gerechtigkeit und um Demokratie.

Oder anders formuliert um die Frage, wie viel Ungleichheit verträgt unsere Demokratie."



Die zentralen Versprechen der Demokratie von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit beinhalten auch das Versprechen auf eine gleichberechtigte Teilhabe Aller:

Partizipation ist immer auch ein soziales Prinzip und Gleichheit ist in der Demokratie immer an Freiheit und Partizipation gebunden.

Teilhabearmut – eine entscheidende Dimension sozialer Benachteiligung

Soziale Ungleichheit hat ein Gesicht. Armut ist nicht gleich verteilt. Sie konzentriert sich in Deutschland deutlich in bestimmten Stadtteilen. Sozialstrukturell sind diese Stadtteile gekennzeichnet durch hohe Anteile an Arbeitslosen, Alleinerziehenden, Alten und Zugewanderten.

Analysen zeigen einen dramatischen Rückgang an demokratischer Beteiligung in diesen Stadtteilen. Die Beteiligung bei den letzten Kommunalwahlen in NRW lagt hier in der Regel bei gut 30%, in vielen Fällen sogar deutlich darunter – hier in Duisburg, im Stadtteil Marxloh gerade einmal bei 25%!

Ganze Bereiche der Städte drohen zu „demokratiefreien Zonen“ zu werden.



Armut drückt sich also nicht nur im niedrigen Einkommen der Bewohner aus. Armut muss als mehrdimensionales Problem begriffen werden, das neben dem Mangel an Einkommen auch den Mangel an Teilhabe und Bildung bedeutet.

Besonders junge Menschen, die in diesen Vierteln leben, sehen sich vielfältigen Belastungen ausgesetzt: Sie kommen meist zusätzlich aus dem bildungsarmen Milieu, viele von ihnen haben eine Zuwanderungsgeschichte.

Armut Nährböden für brisante Entwicklungen

Diese Belastungen – ökonomischer Druck, Perspektivlosigkeit, Ausgrenzungserfahrungen – können extreme und fundamentalistische Positionen als attraktive Alternativen für Jugendliche erscheinen lassen.

Über die Gründe von Radikalisierungsverläufen wissen wir noch zu wenig.

Aber wir können sagen, dass von Armut betroffene junge Menschen besonders häufig anfällig für politische und religiöse



Radikalisierung sind, auch weil sie gelernt haben Konflikte mit Gewalt zu lösen, anstatt demokratisches Selbstbewusstsein zu entwickeln.

All das heißt, dass sich in Teilen unserer Gesellschaft ein Nährboden entwickelt hat, auf dem extreme und fundamentalistische Positionen wachsen. Ein Nährboden mit großer politischer Sprengkraft, den wir nicht sich selbst überlassen dürfen.

Präventiver Politikansatz: komplexe Dimension von Armut begegnen

Politik und politische Bildung sind gemeinsam gefordert, innovative Konzepte zu entwickeln, damit wir Armut in ihrer komplexen Dimension entgegenwirken können.

Das ist auch die erklärte Politik des Jugend- und Familienministerium NRW.



Es ist wichtig zu betonen, dass die Landesregierung NRW einen präventiven Politikansatz unter der Überschrift „Kein Kind zurücklassen“ verfolgt.

Durch Zukunftsinvestitionen in Bildung, Kinder und Familien und durch bessere Finanzausstattung – gerade für Kommunen – soll mehr Chancengleichheit erreicht werden.

In dieser präventiven Strategie ist auch die Landeszentrale für politische Bildung NRW im besonderen Maße engagiert.

Wir haben integrierte Angebote „von Demokratie lernen“ im sozialräumlichen Kontext entwickelt und führen Projekte in sogenannten belasteten Quartieren durch.

Den Projekten liegt die These zu Grunde, dass gerade das Wissen um demokratische Konfliktlösungen und das Wissen um die Möglichkeiten demokratischer Partizipation Jugendliche zusätzlich in ihrer Persönlichkeit stärkt und vor den Gefahren politischer und religiöser Extreme schützt.

Dazu nur zwei Beispiel:

- Mit dem „Projekt 14plus“ konnte erfolgreich Demokratielernen mit Berufswahlorientierung verknüpft werden. Damit werden Jugendliche in ihrer demokratischen Haltung gestärkt und finden durch



Talentförderung und Berufswahlorientierung leichter einen Platz im Berufsleben, wie auch Anerkennung und Perspektive für ihre Rolle in der Gesellschaft.

- Das Projekt „Jugend partizipiert“ zeigt auf eine faszinierende Weise, wie Jugendliche, die in belasteten Quartieren leben, für Politik gewonnen werden können. Es verknüpft Problembeschreibungen und Lösungsvorschläge von Jugendlichen mit Ideen von Mandatsträgern – aus Kommunen, Land und Bund. Unter anderem hier in der Stadt Duisburg, im schon zitierten Stadtteil Marxloh. Hier setzten sich Schülerinnen und Schüler der Herbert-Grillo-Gesamtschule erfolgreich für ihre Interessen im Viertel ein. Unterstützt werden sie vom „aktuellen forum“. Einer der 48 Einrichtungen der politischen Bildung in NRW.

Druck durch Digitalisierung

Meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir zum Schluss noch einen weiteren Aspekt von Ungleichheit und Demokratie anzusprechen.

Es ist das Thema Big Data und Demokratie. Ein Thema das mich umtreibt.



Die automatisierte Erhebung, Speicherung und Verarbeitung von Massendaten (Big Data) ist auf dem Vormarsch. Unsere Zukunft wird zunehmend „datengetrieben“ sein. Zu viele Bürgerinnen und Bürger geben m.E. zu unbedacht ihre persönlichen Daten preis. Schon heute können Algorithmen aus der „Datenwolke“ eine Vielzahl unserer Handlungen vorhersagen.

Die Konsequenzen, die der technologische Fortschritt hat, sind für den Einzelnen in ihrer Komplexität aber kaum noch zu durchschauen. Und viele zentrale Fragen sind noch offen.

Überwiegt der Nutzen oder gefährdet der Fortschritt Grundrechte und demokratische Prozesse? Welche Auswirkungen bestehen auf die politische Teilhabe? Wer profitiert von diesen Beteiligungsmöglichkeiten? Wie kann man das Netz nutzen für Teilhabe, ohne Eliten zu bevorzugen und andere Gruppen auszuschließen?

Die Landeszentrale für politische Bildung wird diese Fragen zu „Demokratie und Big Data“ im Rahmen ihres NRW-Forums: Zukunft Demokratie im November diskutieren.

Seien Sie schon heute hierzu recht herzlich eingeladen

Meine Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter der politischen Bildung, ich wünsche dem Kongress einen guten Verlauf und uns allen zielführende Debatten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!